



Haushaltsrede 2018 von Johannes Müllerschön, auf der Kreistagsitzung am 11.12.17 in Eppingen-Kleingartach (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
liebe Kreistagskolleginnen und -Kollegen,
liebe Gäste

Zweimal Eppingen innerhalb von vier Tagen: erst am Freitag waren einige von Ihnen mit dabei auf der Sitzung des **Regionalverbandes** in Eppingen-Adelshofen. Danke an Oberbürgermeister Holaschke und sein Team, für die badische, symbadische Gastfreundschaft. Ich war am Freitag beeindruckt von der offenen, lebhaften, teils konträr und trotzdem konstruktiven und in die Zukunft gerichtete Debatte über eine Metropolregion Stuttgart. Obwohl die Auffassungen von den Fraktionen der CDU und FW/FDP, vorgetragen von den Herren Piepenburg und Brunnet, nicht kompatibel waren mit den Vorstellungen der Fraktionen von SPD und Grüne/ödp/Linke vorgetragen von den Herren Friese /Mergel und Waldbüßer, kam es dank einer kompetenten und auf Ausgleich bedachten Verbandsverwaltung zu einem einstimmigen Abstimmungsergebnis über das weitere Vorgehen. Ich bin gespannt, Herr Piepenburg, ob Ihnen so ein Kunststück heute als Versammlungsleiter ebenso gelingt bei der Abstimmung über unseren Haushalt, oder über die Entscheidung für den zweiten Bauabschnitt unseres Krankenhauses Gesundbrunnen. Mein Fraktionskollege Vollert wird später zu den TOP 2 und 4 gesondert Stellung beziehen.

Die Lage und Geschäftserwartung der regionalen Unternehmen ist top, **die Wirtschaft brummt**, zumindest aktuell und nach jüngsten Umfragen und trotzdem oder gerade deshalb steigen die Sozialausgaben auch im Landkreis erheblich. In Stellungnahmen von regionalen Wirtschaftsvertretern nach dem Scheitern von Jamaika liest sich das wie folgt:

Für den Konzernchef und verurteilten Steuersünder Reinhold Würth ist das Scheitern von Jamaika (wörtliches Zitat) „eine Blamage für unser Land“ (Zitat Ende). Welches ist denn „unser“ Land für Sie, Herr Würth?, möchte man fragen. Dort, wo Sie ihre steuerrelevante Konzernabteilung hin verlegt haben oder dort, wo Sie leben und ihren Lebensmittelpunkt haben?

So so, „eine längere Phase der Unsicherheit“ fürchtet die Hauptgeschäftsführerin Elke Döring von der IHK Heilbronn-Franken. (Zitat)„Und das ist Gift für die Wirtschaft“. Was heißt da Gift für die Wirtschaft?, möchte man fragen. Ist nicht die Unsicherheit von tausenden prekär beschäftigten jungen Menschen und die drohende Altersarmut das weitaus größere Problem? Wird nicht die Gier nach Gewinnmaximierung zum größten Gift für die Wirtschaft? Stichworte: Massenentlassungen beim Siemenskonzern und bei Generell Elektrik trotz bester Gewinnmargen. Sowie Personalabbau und Umstrukturierung bei Knorr und Campino in Heilbronn, ebenso wie bei Scheuerle in Pfedelbach.

Doch zurück zur brummenden Wirtschaft in der Region. Diese spiegelt sich nicht wirklich eins zu eins in der **Steuerkraftsumme der Gemeinden** und des Kreises wieder, das haben Sie, Herr Schuhmacher, uns in diversen Grafiken aufgezeigt. Letztes Jahr war AUDI im Gespräch als Verursacher bei der Absenkung der Steuerkraftsumme, heuer ist es der Handelsriese Lidl und seine riesengroße Baugrube in Bad Wimpfen. Dorthin wird die Deutschlandzentrale verlagert, um in Neckarsulm Platz zu schaffen für die USA Expansion des Konzerns. Nicht nur weniger

Einnahmen für die Stadt Neckarsulm und für den Landkreis (wenn auch erst im Haushalt 2019) sind die Konsequenz, sondern auch noch teurere Hausaufgaben verkehrspolitischer Natur, nicht nur zwischen Neckarsulm und Bad Wimpfen. Ich denke an diesem Beispiel wird sehr deutlich, dass die kommunale Großfamilie mehr und sichere „konjunktur- und investitionsunabhängige“ Einnahmen dringend braucht. Wir Kommunalpolitiker brauchen diese Einnahmen dringend, auch um private Parallelgesellschaften in der sozialen Infrastruktur zu vermeiden, nach dem Motto: **Von der Kita über die Hochschule bis zur Bahre – alles Lidl und Schwarz, keine Frage?**

Wenn Sie, Herr Piepenburg, wegen den steigenden Kosten im Sozialbereich, wie in der Heilbronner Stimme vom 29.11.17 festgestellt, Bund und Land in die Pflicht nehmen wollen, haben Sie die LINKE auf ihrer Seite. Allerdings geht es uns dabei nicht nur um eine „finanzielle Beteiligung“ von Bund und Land. Die „Teure Hilfe für die Schwächsten“ (Artikelüberschrift) hat ja Ursachen und an diese Ursachen wollen wir LINKE ran. Eine reine Kenntnisnahme der Pflichtaufgabe Soziales durch den Kreistag, wie im Artikel von Herrn Bosch unter Mitwirkung der Landkreisverwaltung vorgeschlagen, reicht uns nicht. Wir wollen wachsende Armut und Bedürftigkeit im Landkreis nicht nur verwalten, sondern deren Ursache beseitigen. Da gibt es Parallelen zu den Flüchtlingen und zu den Fluchtursachen.

Dazu zwei konkrete Ansätze: 1) Wir haben im Verwaltungsausschuss nachgefragt, wieviele der ca. 6 500 Bedarfsgemeinschaften im Landkreis aus **sogenannten Aufstockern** bestehen. Das sind Menschen, bzw. Familien, die trotz Arbeit auf öffentliche Alimentierung angewiesen sind und dies auch beim Jobcenter des Landkreises beantragen. Herr Bosch, es sind eben nicht nur Langzeitarbeitslose, Behinderte, Kinder, Jugendliche und Flüchtlinge, die Hilfe bekommen, sondern in knapp 30% der oben erwähnten Bedarfsgemeinschaften gibt es Menschen, in denen zumindest eine Person erwerbstätig ist. Arm trotz Arbeit, das muß auch im Landkreis aufhören, egal ob in der Gastronomie, in der Fleischindustrie, im Reinigungs- und Logistikgewerbe, im Bildungsbereich oder in der Landwirtschaft. Die Lösungen liegen dazu bereits auf dem Tisch und müssen nicht neu erfunden werden. Erhöhung des Mindestlohns auf 12,50 Euro, Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, Rückkehrrecht auf Vollzeit, u.a. das sind Forderungen, die auch helfen würden, die Sozialausgaben zu senken.

2) Einen zweiten Ansatz sehen wir bei den laufenden **Kosten der Unterkunft** für den obigen Personenkreis. Nach unserem Kenntnisstand besteht da zwischen den tatsächlichen und den anerkannten Kosten der Unterkunft ein beträchtlicher Unterschied. Dazu haben wir noch einen größeren Informationsbedarf an die Verwaltung.

1) Stimmt es, dass der Unterschied in 2017 zwischen anerkannten und tatsächlichen Kosten ca. 20 Euro je Bedarfsgemeinschaft im Durchschnitt je Monat ausmacht? Wenn ja, woran liegt das?

2) Wer bezahlt die Differenz? Müssen das die Betroffenen von ihrem grundgesetzlich verbrieften Betrag der Grundsicherung zuzahlen? Halten Sie das für grundgesetzkonform oder für sozial?

3) Wann wurde die entsprechende Mietobergrenze im Landkreis der gesellschaftlichen Realität zuletzt angeglichen, sprich erhöht?

4) Sind dem Landratsamt und den Landkreiskommunen Einzelfälle bekannt, in denen die akute Wohnungsnot zu Wuchermieten führen und welche gesetzliche Möglichkeiten bestehen, dem entgegen zu wirken?

Soweit unsere vier konkreten Fragen an die Verwaltung. Gerne können wir die Antworten auch im Sozial- oder im Verwaltungsausschuss zu Beginn des Jahres 2018 noch erörtern. Die Tatsache, dass die anerkannten Kosten der Unterkunft um ca. 20 Euro überstiegen werden, ist unserer Meinung nach auch ein Hinweis auf zu teure und zu wenige bezahlbare Wohnungen im Landkreis. Auf unsere drei diesjährigen Haushaltsanträge zum Thema sozialen Mietwohnungsbau will ich an dieser Stelle verweisen, sie sind gut begründet. Ihre kurze Ablehnungsbegründung in Ihrer Einleitung Herr Piepenburg kann uns nicht überzeugen. Aber immerhin, getrennte Abstimmung der vier Punkte haben SAie schon zugesagt.

Von den sozial Schwächsten in unserer Gesellschaft hin zu den gewerkschaftlich stark vertretenen und sich wehrenden Automobilarbeitern. Wir begrüßen es, wenn sich Betriebsrat und Geschäftsleitung des größten Betriebs in der Region auf eine **Beschäftigungsgarantie bis 2025** einigen. Dabei schielen wir Linke als Kommunalpolitiker nicht nur auf die auch von uns Linken geliebte Gewerbesteuer. Wir hoffen, dass ein sozialer Ausgleich zwischen Beschäftigten und Arbeitgeber auch und gerade in Zeiten sich anbahnender, rascher struktureller Veränderungen in die Zukunft trägt. Wir begrüßen es auch, wenn Arbeitnehmervertreter in Sachen Mobilität den Schulterschluss mit Kommunalpolitikern suchen, wie dies der Betriebsrat von AUDI mit der Podiumsdiskussion über den Mobilitätspakt in Neckarsulm angeleiert hat. Dass dort der Heilbronner Oberbürgermeister eingeladen war und nicht unser Landrat hängt vielleicht auch damit zusammen, dass letzterer bisher darauf verzichtete, sich die Sorgen der regionalen Gewerkschaften zum Beispiel am ersten Mai oder auf dem Jahresempfang des DGB auch mal live anzuhören. Dies gilt übrigens nicht nur für den Landrat, sondern auch für die meisten der hier anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte.

Damit haben wir auch den Übergang zum nächsten Thema, nämlich **Verkehr und Mobilität** geschafft. Zum 1.1.18 erhöhen Bahn und HNV schon wieder die Preise, dieses Mal um 2,4%. Zunächst einige Fragen an unsere drei Aufsichtsratsmitglieder des Landkreises im HNV, die Herren Detlef Piepenburg (Landrat) Norbert Heuser (CDU Fraktion) und Ralf Steinbrenner (FWV/FDP Fraktion).

1) Haben sie der **Erhöhung der Fahrpreise** bei der Aufsichtsratssitzung am 29.9.17 zugestimmt und wenn ja, warum? Auf welcher Faktenlage?

2) Haben Sie die Qualität und Zuverlässigkeit der erbrachten Verkehrsleistungen durch die Verkehrsunternehmen, insbesondere DB und AVG auf den Stadtbahnlinien vorher kritisch geprüft?

3) Lag Ihnen eine konkrete Dokumentation der ausgefallenen Verkehrsleistungen, zum Beispiel durch kranke Fahrzeugführer vor oder durch marodes Fahrzeugmaterial? Wurden diese nicht erbrachten Leistungen abgezogen oder verrechnet? Gibt es Strafzahlungen für unfähige und nicht kundenorientierte Verkehrsunternehmen, die verhindern, dass der ÖPNV trotz Millionen Investitionen und Betriebskostenzuschüssen in dem Maße zunimmt wie es wünschenswert und fürs Klima und die Menschen im Landkreis nötig wäre?

Wir Linke erwarten von der Verwaltung eine schriftliche Antwort auf diese drei Fragenkomplexe. Die alle Jahre wiederkehrende Preiserhöhungen halten wir für kontraproduktiv und unsozial. Mit hohen Fahrpreisen ist ein Umstieg vom Individualverkehr zum öffentlichen Nahverkehr nicht zu erwarten. Zusammen mit der Stadt Neckarsulm und mit anderen öffentlichen Verkehrsunternehmen sollte endlich mit Unterstützung der Landesregierung ein

Modell geprüft werden, wie ein leistungsfähiger, kosteneffektiver und benutzerfreundlicher öffentlich rechtlicher Nahverkehrsverbund geschaffen wird, der diesen Namen auch verdient.

In Sachen **Frankenbahn** bitten wir Sie, Herr Piepenburg, als Koordinator derselben, nicht nur die Langzeitziele hin und wieder in den Fokus zu nehmen sondern schlicht und ergreifend wenigstens auf die Einhaltung der Fahrpläne und der ICE Anschlüsse in Würzburg zu pochen. Auch da würde sich eine Dokumentation des Versagens des Bahnmanagements lohnen und mit Unterstützung des Landes auf Abhilfe zu drängen und zwar vor dem Anbieterwechsel in 2019. Ein Hinweis auf der Landkreishomepage auf die Ziele des Aktionsbündnisses „Pakt Zukunft“ reicht uns nicht. In Hinblick auf die lebhaften Diskussionen im Regionalverband würde ich eher sagen koordinieren Sie und/oder machen Sie den Weg frei, nach Würzburg...

Beim Thema **sozialer Mietwohnungsbau** will ich nicht nur auf unsere drei Anträge verweisen. Schon letztes Jahr haben wir uns dem Thema gewidmet. Und ja Herr Böhringer wir haben letztes Jahr schon das Problem Mietwohnungen auf dem Schirm und wollten dort einen Koordinator für die Suche nach bezahlbaren Wohnungen. Da es diese Wohnungen viel zu wenig gibt, wollen wir jetzt möglichst schnell welche bauen. Übrigens sehen nicht nur wir, dieses Problem. Ich zitiere aus dem Integrationskonzept des Landkreises Heilbronn vom September 2016: *Grundsätzlich ist die Knappheit an „bezahlbarem Wohnraum“ allerdings ein Problem. In vielen Kommunen fehlte es bereits seither an ausreichend Wohnmöglichkeiten, die auch für sozial Benachteiligte dringend benötigt werden.* Auch in der letztjährigen Haushaltsrede von Kollege Grabbe wurde das Problem benannt: *Bezahlbare Mietwohnungen werden immer mehr zur Mangelware. Der Mietwohnungsmarkt liegt am Boden und unterliegt häufig privaten Interessen der Gewinnmaximierung... Wir können uns auch als Landkreis dem Grundbedürfnis der Menschen nach erschwinglichem, sicherem Wohnen in sozialer Gemeinschaft nicht entziehen.* Das sehen wir genauso. Auch deshalb bitten wir um möglichst breite Zustimmung für unsere Anträge.

Dies gilt auch für unseren vierten Antrag, der durch die überraschende Zustimmung der geschäftsführenden Bundesregierung zur Verlängerung des Pflanzenvernichtungsmittels Glyphosat an Aktualität gewonnen hat. Zwischen Glyphosat und Gentechnik sehen Teile der Wissenschaft einen engen Zusammenhang. Wir wollen mit diesem Antrag zur öffentlichen Proklamierung als „**Gentechnikfreier Landkreis Heilbronn**“ einen mühsam erreichten Kompromiss, unter Beteiligung des Bauernverbandes sichtbar machen und bitten auch dafür für breite Unterstützung.

Dem Stellenplan 2018 stimmen wir LINKE ausdrücklich zu, nicht ohne vorher auf unseren Ergänzungsantrag um einen Koordinator in Sachen Wohnungsbau hinzuweisen. Danke für die ernsthafte Debatte über unsere Anträge, vielleicht können wir ja hier im Kreistag so wie zu Ende der Regierungszeit im Bund den Fraktionszwang bei diesen Anträgen aufheben, dann könnten sie trotz der Fraktionsredner doch noch eine Mehrheit erlangen.

So liebe Kolleginnen und Kollegen, Danke fürs Zuhören und Danke schon im Voraus für die Unterstützung unserer Anträge.

Alle Jahre wieder, schließe ich mich den vielen Danksagungen meiner Vorredner an und **wünsche frohe Weihnachten und ein friedlicheres und sozial gerechteres Jahr 2017.**



Anträge für das Haushaltsjahr 2018

1) Stellenplan - Schaffung einer zusätzlichen Stelle

„Koordination Sozialer und preisgebundener Mietwohnungsbau“ im Dezernat 2: Finanzen und Liegenschaften *77 000 Euro/im Jahr*

Begründung: Auch im Landkreis Heilbronn fehlen viele bezahlbare preisgebundene Mietwohnungen. Der private Wohnungsmarkt hat versagt, eine Besserung ist von dieser Seite nicht in Sicht. Deshalb muß die Kommunale Familie was tun. Mit dieser Stelle soll eine Koordination mit Wohnbaugenossenschaften, Kommunen, Grund-stücksbesitzern, und weiteren Akteuren geschaffen werden, um rasch bezahlbaren, preisgebundenen Wohnraum für alle wohnungs-suchende Menschen im Kreis Heilbronn zu schaffen.

2) Jährlicher Wohnungsbaubericht

Die Verwaltung legt jährlich einen Wohnungsbaubericht für den Landkreis und seine Kommunen vor. Dort soll (in der Form so ähnlich wie beim Tätigkeitsbericht des Projektleiters Energie und Klima) über wohnungsbaupolitische Projekte und Ergebnisse berichtet werden.
ohne zusätzliche Kosten

Begründung: Das Versagen der landesweiten Wohnbauförderung in den letzten 10 Jahren erfordert eine kontinuierliche und wirkungsvolle Koordination vor Ort. Im Landratsamt gibt es dazu wohnungspolitische Kompetenz und Verbindungen zu den beiden ehemals gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften, die für einen solchen Bericht genutzt werden sollen. Nutznießer eines solchen Berichts sollen neben den Wohnungssuchenden auch der Landkreis und die Kommunen, sowie andere gemeinwohlorientierte Akteure sein.

3) Förderung sozialer Mietwohnungsbau von 2,6 Mio Euro

Der Landkreis investiert in 2018 einmalig 2,6 Mio Euro in den sozialen und preisgebundenen Mietwohnungsbau im Kreis eventuell auch durch Förderung und Kooperation mit Gemeinden und Wohnbaugenossenschaften. Die Verwaltung wird beauftragt, folgende konkrete Möglichkeiten zu prüfen:

a) Zweckgebundene Erhöhung des Genossenschaftsanteils bei der GEWO Wohnungsbaugenossenschaft Heilbronn eG und/oder bei der Heimstättengemeinschaft Neckarsulm/Heilbronn eG, mit der Vorgabe, rasch preisgebundenen zusätzlichen Mietwohnraum zu schaffen.

b) Investitionsbeteiligung an kommunalen Wohnbauprojekten im Kreis (Gemeinden und/oder Stadtsiedlung Heilbronn o.ä.)

c) Gründung eines Eigenbetriebs (oder Zweckverband) „Soziales Wohnen“, nach Erlenbacher Vorbild, eventuell zusammen mit anderen Gemeinwohlorientierten Akteuren im Wohnbau- und/oder Sozialbereich.

2,6 Mio Euro

Begründung: Durch den Verkauf eines Grundstückes an die GEWO am Plattenwald (für den Bau von 36 Wohnungen) hat

der Landkreis diesen Betrag eingenommen. Angesichts der großen Wohnungsnot ist es angemessen mit diesem Betrag zumindest ein deutliches Zeichen zu setzen.

4) Antrag. Gentechnikfreier Landkreis Heilbronn

Der Projektleiter Klima und Energie wird beauftragt einen Pfiffigen Aufkleber zu kreieren mit der Aufschrift „Gentechnikfreier Landkreis Heilbronn“. Dieser wird in größerer Auflage gedruckt und verteilt.

Begründung: In seiner Sitzung vom 20. Oktober 2014 hat der Kreistag nach lebhafter und konstruktiver Diskussion eine Resolution "Gentechnikfreier Landkreis Heilbronn" beschlossen. Diese Resolution ist auf der Homepage des Landkreises hier veröffentlicht: <https://www.landkreis-heilbronn.de/resolution-des-kreistags-gentechnikfreier-landkreis-heilbronn.7267.htm>

Der Aufkleber soll nicht nur Marketingzwecken dienen, sondern auch „Identitätsstiftend“ wirken, dazu braucht es eine hohe Verbreitung. Die Autoaufkleber werden kostenfrei ausgegeben, zum Beispiel auf der Kfz Zulassungsstelle und auf den Rathäusern des Kreises. *Ca 3 000 Euro*

Finanzierungsvorschläge:

- | | |
|----------|---|
| Antrag 1 | Steigerung der Personalkosten |
| Antrag 3 | „Verlorener Zuschuss“ – Gewinn für den Wohnungsbau. |
| Antrag 4 | Laufende Kosten Landratsbudget |

Johannes Müllerschön Florian Vollert

Kreisräte DIE LINKE im Heilbronner Kreistag